



Regierungsratsbeschluss vom 25. März 2025

Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation UVEK; Indirekter Gegenvorschlag (Änderung des Kernenergiegesetzes) zur Volksinitiative «Jederzeit Strom für alle (Blackout stoppen)»; Vernehmlassung

P241907

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Briefentwurf an das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK).

Begründung

Das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation eröffnete ein Vernehmlassungsverfahren zum indirekten Gegenvorschlag (Änderung des Kernenergiegesetzes) zur Volksinitiative «Jederzeit Strom für alle (Blackout stoppen)». Die Initiative wurde am 16. Februar 2024 bei der Bundeskanzlei eingereicht und zielt darauf ab, den Artikel 89 der Bundesverfassung zu erweitern. Eine Unterstützung des indirekten Gegenvorschlags würde eine Aufhebung des Neubauverbots für Kernkraftwerke bedeuten. Aufgrund der Unvereinbarkeit mit den einschlägigen Verfassungs- und Gesetzesbestimmungen des Kantons Basel-Stadt, lehnt der Regierungsrat den indirekten Gegenvorschlag ausdrücklich ab.

